

Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt
Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

Landesverband der Freien Berufe
Sachsen-Anhalt e.V.
Zum Domfelsen 4
39104 Magdeburg

**Die Linke Landesverband
Sachsen-Anhalt**

Landesgeschäftsführer

Jan Röttschke
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg

Telefon: 0391 7 32 48-41
Telefax: 0391 7 32 48-48
lgf@dielinke-lsa.de
www.dielinke-lsa.de

Deutsche Bank AG

DE09 8107 0024 0118 825901
DEUTDEDBMAG

Magdeburg, 14. April 2026

Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2026

Sehr geehrter Herr Hallmann, sehr geehrter Herr Kruppa, sehr geehrte Damen und Herren,

vielen lieben Dank für Ihr Interesse an unseren Positionen.

Mit unserem Brief möchten wir Ihre Fragen gerne beantworten.

1. Bürokratieabbau und digitale Verwaltungsmodernisierung

Effiziente, transparente und verlässliche Verwaltungsverfahren sind eine zentrale Voraussetzung für die Ausübung freiberuflicher Tätigkeiten. Gleichzeitig binden umfangreiche Dokumentations-, Melde- und Genehmigungspflichten erhebliche personelle und zeitliche Ressourcen. Ein konsequenter Bürokratieabbau durch die Reduzierung von Aufzeichnungs-, Dokumentations- und Nachweispflichten sowie die Vermeidung von Mehrfacherhebungen durch besseren Datenaustausch zwischen Behörden gewinnt daher zunehmend an Bedeutung.

Hierzu gehört auch eine regelmäßige Überprüfung von Zuständigkeiten, Aufgabenverteilungen und Verfahrensabläufen innerhalb der Landesverwaltung, um Effizienzpotenziale zu heben und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Zugleich kommt der Digitalisierung eine zentrale berufsübergreifende Rolle zu. Voraussetzung hierfür sind ein flächendeckender Breitbandausbau, eine konsequente Umsetzung von E-Government-Strukturen sowie die digitale

Transformation von Verwaltungsprozessen. Digitale Lösungen müssen medienbruchfrei, interoperabel, nutzerorientiert, bezahlbar und praxistauglich ausgestaltet sein und dürfen keine zusätzlichen Dokumentations- oder Bürokratiepflichten erzeugen. Eine stärkere Vernetzung von Verfahren, die Nutzung automatisierter Prozesse sowie eine Konzentration staatlicher Kontrollen auf wesentliche Kernbereiche können zusätzlich zur Verfahrensbeschleunigung beitragen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, Dokumentations-, Melde- und Berichtspflichten sowie Genehmigungsprozesse für freiberuflich Tätige systematisch zu überprüfen, Mehrfacherhebungen zu vermeiden und Verfahren spürbar zu vereinfachen und zu reduzieren?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Wir setzen uns dafür ein nicht nur für die Freien Berufe, sondern Grundsätzlich, die Dokumentations-, Melde- und Berichtspflichten und Genehmigungsverfahren zu evaluieren. Ziel ist dabei eine messbare Reduktion von Bürokratieaufwand für die freien Berufe und Unternehmen in dem Prozesse Standardisiert, Digitalisiert und die Prozesse konsequent Vereinfacht werden.

Zentral ist für uns dabei die Umsetzung des Once-Only-Prinzips, wodurch Daten, die bereits bei einer öffentlichen Stelle vorliegen bzw. der Verwaltung bekannt sind – verwaltungsintern unter strikter Wahrung von Datenschutz und Datensicherheit weiterverwendet werden. Somit wollen wir die Mehrfacherhebung redundanter Daten sukzessive abbauen. Ferner streben wir die Bündelung von Verfahren, sowie die Standardisierung von Genehmigungsverfahren und der dazugehörigen Schnittstellen an um die Bearbeitungszeiten zu reduzieren. Gleichzeitig gilt für die Linke: Erforderliche Nachweis- und Dokumentationspflichten, insbesondere zum Schutz von Beschäftigten, Verbraucher:innen und zur Qualitätssicherung bleiben bestehen – werden jedoch anwenderorientierter ausgestaltet.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Verwaltungsverfahren in Sachsen-Anhalt vollständig digital, medienbruchfrei und interoperabel umgesetzt werden, einheitliche digitale Standards sowie funktionierende Schnittstellen zwischen Landesbehörden und Kommunen geschaffen werden und die Verfahren nutzerorientiert ausgestaltet sind, ohne zusätzliche Dokumentations- oder Nachweispflichten zu erzeugen?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Die medienbruchfreie, durchgängig digitale und interoperable Ausgestaltung von Verwaltungsprozessen ist ein wichtiger Ansatz in der Verwaltungsmodernisierung. Dies entlastet nicht nur die Unternehmen und freien Berufe, sondern auch die Verwaltungsseite. Um eine Entlastung aller Beteiligten zu erreichen, ist eine funktionierende Schnittstelle zwischen Land, Kommunen und Unternehmer:innen mit einem einheitlichen Standard notwendig. Dabei dürfen die Verfahren nicht nur digital abgebildet, sondern spürbar vereinfacht werden. Im Sinne des Once-Only Prinzips sollen Daten nach Möglichkeit nur einmal erhoben werden was zusätzliche Entlastung schafft.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Bearbeitungszeiten bei Genehmigungen, Zulassungen und Förderverfahren deutlich verkürzt und verbindlich ausgestaltet werden?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Verkürzte und verlässliche Bearbeitungszeiten setzen voraus, dass Verwaltungsverfahren grundlegend überprüft und neu organisiert werden. Entscheidend ist dabei eine konsequente Aufgabenkritik: Bestehende Prüfpflichten, Verfahrensschritte und Zuständigkeiten müssen systematisch daraufhin analysiert werden, ob sie erforderlich sind, wo Doppelstrukturen bestehen und welche Abläufe entfallen oder gebündelt werden können. Im gleichen Zug sollen die Verwaltungsprozesse nicht nur digital abgebildet, sondern grundlegend optimiert und effizient digital ausgestaltet werden.

Erst auf dieser Grundlage lassen sich verbindliche Fristen, transparente Verfahrensstände und klare Entscheidungszeiträume sinnvoll umsetzen. Ergänzend braucht es eine bessere Abstimmung zwischen den beteiligten Stellen sowie die Anwendung des Once-Only-Prinzips, um Mehrfachprüfungen und redundante Datenerhebungen zu vermeiden.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, Zuständigkeiten, Aufgabenverteilungen und Verfahrensabläufe innerhalb der Landesverwaltung regelmäßig zu überprüfen und zu optimieren, um Doppelstrukturen abzubauen und Verwaltungsprozesse effizienter zu gestalten?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Effiziente Verwaltungsstrukturen sind entscheidend für einen reibungslosen Austausch zwischen Bürgerinnen, Unternehmerinnen und dem Land. Bereits in dieser Legislaturperiode haben wir Doppelstrukturen

und redundante Prozesse kritisch überprüft und Maßnahmen zur Straffung umgesetzt – daran wollen wir konsequent anknüpfen.

*Wir setzen auf einen **kontinuierlichen Verbesserungsprozess**, bei dem Zuständigkeiten, Aufgabenverteilungen und Abläufe regelmäßig geprüft, gebündelt und besser aufeinander abgestimmt werden. Zentral ist auch eine zielgerichtete Personalausstattung, die sicherstellt, dass die vorhandenen Ressourcen dort eingesetzt werden, wo sie für funktionierende Verfahren und schnelle Entscheidungen tatsächlich gebraucht werden.*

2. Fachkräfte- und Nachwuchssicherung

Die freien Berufe in Sachsen-Anhalt stehen vor erheblichen Herausforderungen bei der Sicherung von Fachkräften und beruflichem Nachwuchs. Demografischer Wandel, zunehmende Altersabgänge, der hohe Anteil ländlicher Regionen sowie strukturelle Besonderheiten freiberuflicher Selbstständigkeit erfordern gezielte landespolitische Maßnahmen.

Im Fokus stehen dabei attraktive Ausbildungs- und Studienbedingungen, praxisnahe Qualifizierungsangebote, eine beschleunigte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sowie wirksame Maßnahmen zur Bindung und Gewinnung von Fachkräften im Land.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, attraktive Rahmenbedingungen für Ausbildung und Studium in den freien Berufen zu stärken, insbesondere durch den Ausbau praxisnaher Ausbildungsformate und dualer Studiengänge sowie durch Programme zur Nachwuchsgewinnung, Fachkräftebindung und Förderung von Praxis- und Büroübernahmen – insbesondere im ländlichen Raum?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Attraktive Ausbildungs- und Studienbedingungen sind entscheidend, um Nachwuchs für die freien Berufe zu gewinnen und langfristig im Land zu halten. Praxisnahe Ausbildungsformate und duale Studiengänge verbinden Theorie und Praxis und erleichtern den Einstieg in die berufliche Selbstständigkeit.

Gerade im ländlichen Raum besteht ein hoher Bedarf an Fachkräften, während gleichzeitig viele Praxen oder Büros vor einer Nachfolge stehen. Mit gezielten Förderprogrammen zur Praxis- und Unternehmensübernahme – ähnlich wie beim Landarztprogramm – wollen wir junge Fachkräfte unterstützen, bestehende Strukturen zu übernehmen, weiterzuführen und so die Versorgung und Wirtschaftskraft in den Regionen zu sichern.

*Solche Maßnahmen verbinden Nachwuchsförderung mit regionaler Stabilität, stärken die Attraktivität Sachsens-Anhalts für junge Freiberufler*innen und tragen dazu bei, Fachwissen langfristig im Land zu halten.*

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, Anerkennungs- und Qualifizierungsverfahren für ausländische Fachkräfte zu beschleunigen

und praxisnäher auszugestalten sowie den Zugang zu berufsbezogenen Sprachkursen (mindestens bis Niveau B2) zu verbessern, um die Integration in qualifizierte Beschäftigung gezielt zu fördern?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Die beschleunigte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und praxisnahe Qualifizierungsverfahren sind angesichts des demografischen Wandels zentral: Mit zunehmenden Altersabgängen und knappen Fachkräften müssen qualifizierte Menschen schneller und gezielter in die Arbeitswelt integriert werden.

Ein zügiger Berufseinstieg hilft den Fachkräften, schneller Fuß zu fassen und ihre Kompetenzen einzubringen. Sprachliche Bildung sollte direkt mit der praktischen Arbeit verknüpft werden, damit berufsrelevante Sprache gezielt erworben und angewendet werden kann. Dazu gehören berufsbezogene Sprachkurse bis mindestens B2 sowie Unterstützungsangebote wie Job-Buddies oder Integrationskurse. Die Streichung solcher Angebote ist ein Rückschritt, den wir nicht hinnehmen.

Unser Ziel ist ein System, das Anerkennung, Qualifizierung und praxisnahe sprachliche Unterstützung effizient verbindet, um ausländische Fachkräfte schnell zu integrierten und qualifizierten Mitgliedern der sachsen-anhaltischen Arbeitswelt zu machen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, Sachsen-Anhalt als Standort für Fachkräfte national und international attraktiver zu machen, insbesondere durch familienfreundliche Lebensbedingungen, gute Wohnraumsituation, hohe Umwelt- und Lebensqualität, wirksame Integrationsangebote sowie eine leistungsfähige Infrastruktur?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, flexible Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand (z.B. im Sinne einer Aktivrente auch für Selbständige) zu unterstützen, um vorhandene berufliche Erfahrung länger im Arbeitsmarkt zu halten?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Für die freien Berufe ist ein flexibler Übergang in den Ruhestand entscheidend, da viele Selbständige ihre fachliche Expertise länger

einbringen möchten. Wir streben Modelle an, die freiwilliges Weiterarbeiten ermöglichen, ohne Nachteile bei Rentenansprüchen oder Sozialleistungen zu verursachen.

Dabei unterstützen wir die Aktivrente als pauschales Instrument nicht, da sie den falschen Anreiz setzt, länger arbeiten zu müssen, statt eine verlässliche Altersversorgung sicherzustellen. Ziel ist eine technisch saubere Umsetzung und grundlegende Integration aller Erwerbstätigen in die Rentenversicherung. Praxisinhaber*innen sollen ihre Tätigkeit stufenweise reduzieren oder auf Teilzeit umstellen können, während Altersvorsorge und Absicherung unverändert bleiben. So bleibt Erfahrung im Arbeitsmarkt erhalten, und der Ruhestandsübergang wird planbar und effizient gestaltet.

3. Berufsfreiheit, Selbstverwaltung und Kammerwesen

Die freien Berufe übernehmen durch ihre berufliche Selbstverwaltung eine besondere Verantwortung für Qualitätssicherung, Gemeinwohlorientierung und berufsethische Standards. Dieses System basiert auf dem Prinzip der Subsidiarität sowie der Maxime „Freiheit in Verantwortung“: Freiberufliche Tätigkeiten erfordern hohe Qualifikation und sind geprägt durch eigenverantwortliches, unabhängiges und vertrauliches Handeln.

Die bewährte Selbstverwaltung – insbesondere in Form von Kammern und berufsrechtlichen Regelwerken – gewährleistet eine gleichbleibend hohe Qualität, Zuverlässigkeit und gesellschaftliche Anerkennung, auch bei der Übernahme teilweise hoheitlicher Aufgaben. Zur Selbstverwaltung der freien Berufe gehören auch die berufsständischen Versorgungswerke, die als eigenständige Alterssicherungssysteme eine wichtige Rolle für die langfristige Stabilität und Unabhängigkeit freiberuflicher Tätigkeit spielen.

Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen stellt sich zudem zunehmend die Frage, inwieweit berufliche Vorbehalte und qualifikationsgebundene Tätigkeiten durch eine Ausweitung von Delegations- und Substitutionsmöglichkeiten aufgeweicht werden. Eine solche Entwicklung kann langfristig Auswirkungen auf die Qualität, die persönliche Verantwortung und die Unabhängigkeit freiberuflicher Leistungen haben.

Eine frühzeitige und systematische Einbindung der freien Berufe in politische Entscheidungsprozesse – etwa im Rahmen von Verbändeanhörungen – kann zusätzlich dazu beitragen, die Praxistauglichkeit staatlicher Regelungen zu erhöhen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die berufliche Selbstverwaltung der freien Berufe in Sachsen-Anhalt im Sinne des Subsidiaritätsprinzips und der Maxime „Freiheit in Verantwortung“ zu stärken, ihre Strukturen zu schützen, sie frühzeitig in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen und ihnen mehr Ergebnisverantwortung bei gleichzeitig geringerer staatlicher Detailsteuerung einzuräumen?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Die berufliche Selbstverwaltung der freien Berufe ist zentral für Qualität, Verantwortung und gesellschaftliche Anerkennung. Wir setzen uns dafür ein, Kammern und berufsständische Strukturen zu stärken, sie frühzeitig in politische Entscheidungen über Anhörungsverfahren und eine frühzeitige Integration in die politischen Prozesse einzubinden und ihnen mehr Ergebnisverantwortung bei geringerer staatlicher Detailsteuerung zu übertragen. So bleibt die Unabhängigkeit gewahrt, staatliche Vorgaben konzentrieren sich auf das Notwendige, und die Praxistauglichkeit der Regelungen wird gesichert.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei landesrechtlichen Regelungen die Unabhängigkeit freiberuflicher Entscheidungen gewahrt bleibt und staatliche Eingriffe – insbesondere in Berufsausübung und Vergütungsstrukturen – auf das notwendige Maß beschränkt werden?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Bei der Vergütung freiberuflicher Leistungen geht es nicht nur um berufliche Freiheit, sondern auch um Verantwortung gegenüber den Nutzer:innen. „Freiheit in Verantwortung“ bedeutet, dass Berufsgruppen ihre Vergütungen selbst gestalten können, gleichzeitig aber Transparenz und Mindeststandards gelten, um Verbraucher:innen zu schützen.

Berufsständische Regelwerke sollen Qualität und Unabhängigkeit sichern, während staatliche Vorgaben auf das notwendige Maß beschränkt bleiben – etwa durch Transparenzpflichten und klare berufsrechtliche Rahmen. So verbinden wir fachliche Autonomie mit Verbraucherschutz und stärken Vertrauen und gesellschaftliche Akzeptanz der freien Berufe.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass berufliche Vorbehalte und qualifikationsgebundene Tätigkeiten in den freien Berufen gewahrt bleiben und eine Ausweitung von Delegations- oder

Substitutionsmöglichkeiten nicht zu einer Aushöhlung fachlicher Verantwortung, Qualitätsstandards und beruflicher Unabhängigkeit führt?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Die fachliche Verantwortung der freien Berufe und ihre etablierten Qualitätsstandards dürfen nicht verwässert werden. Berufsqualifikationen und Vorbehalte sind kein bürokratisches Relikt, sondern Grundlage für verlässliche Leistungen, Vertrauen und Unabhängigkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass Delegations- oder Substitutionsmöglichkeiten maßvoll und kontrolliert bleiben, damit die Expertise der Berufsausübenden erhalten bleibt und die Gesellschaft sich auf die Qualität freiberuflicher Leistungen verlassen kann.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die berufsständischen Versorgungswerke als eigenständige und bewährte Alterssicherungssysteme der freien Berufe zu erhalten und vor strukturellen Eingriffen zu schützen?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Die Altersvorsorge freiberuflicher Tätigkeiten ist ein zentrales Thema für wirtschaftliche Unabhängigkeit und Stabilität. Wir erkennen die Bedeutung der berufsständischen Versorgungswerke als bewährte Systeme an, sehen aber zugleich die Notwendigkeit, ihre Strukturen im Kontext einer solidarischen, gesetzlichen Altersvorsorge für alle Erwerbstätigen zu überprüfen. Ziel ist, die Versorgung langfristig verlässlich und fair zu gestalten, ohne die Unabhängigkeit der Berufe zu gefährden und gleichzeitig zukunftsfähige Strukturen zu entwickeln, die den demografischen Wandel und neue Erwerbsformen berücksichtigen. Staatliche Rahmenbedingungen sollen Transparenz und Sicherheit sichern, während Freiberufler:innen weiterhin Verantwortung für ihre Altersvorsorge tragen. Langfristig streben wir daher eine Integration in die solidarische Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen an, um die Versorgung für alle Verlässlich und fair zu gestalten.

4. Planbare und verlässliche Regulierung

Freiberufliche Selbstständigkeit erfordert verlässliche und planbare regulatorische Rahmenbedingungen. Häufige Änderungen von Detailvorgaben und kurzfristige Anpassungen können Planungssicherheit und Investitionsbereitschaft erheblich beeinträchtigen.

Eine strategisch ausgerichtete, langfristig verlässliche Wirtschaftspolitik ist daher entscheidend, um Investitionen zu ermöglichen, unternehmerische

Initiative zu stärken und nachhaltige Bleibeperspektiven zu schaffen. Klare Prioritäten bei öffentlichen Mitteln, zielgerichtete Förderstrukturen sowie investitionsfreundliche Rahmenbedingungen spielen dabei eine zentrale Rolle.

Übergangsfristen, Pilotierungen und systematische Evaluationen tragen dazu bei, neue Regelungen praxistauglich umzusetzen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass neue landesrechtliche Regelungen mit Auswirkungen auf freiberuflich Tätige strategisch, planbar und mit ausreichenden Übergangsfristen, Pilotierungen und Evaluationen eingeführt werden, um verlässliche Rahmenbedingungen und Investitionssicherheit zu gewährleisten?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

*Neue Regelungen für Freiberufler*innen müssen verlässlich, planbar und praxisnah gestaltet werden. Kurzfristige Änderungen gefährden Investitionen, unternehmerische Initiative und die langfristige Stabilität der Betriebe. Deshalb setzen wir auf ausreichende Übergangsfristen, Pilotprojekte und systematische Evaluationen. Zusätzlich soll die Verstetigung des Normenkontrollrats sicherstellen, dass neue Vorgaben geprüft, bewertet und kontinuierlich angepasst werden, um praxistaugliche, stabile und nachhaltige Rahmenbedingungen zu gewährleisten.*

5. Faire wirtschaftliche Rahmenbedingungen für freie Berufe

Verlässliche und wirtschaftlich tragfähige Rahmenbedingungen sind entscheidend für die nachhaltige Tätigkeit freier Berufe. Transparente Förderstrukturen, planbare Kostenentwicklungen sowie faire Vergabeverfahren tragen wesentlich dazu bei, Investitionen zu ermöglichen und qualitativ hochwertige Dienstleistungen langfristig sicherzustellen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, Förderprogramme des Landes für freiberuflich Tätige transparent, planbar und besser zugänglich zu gestalten, insbesondere für kleine und mittlere freiberufliche Unternehmen?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Wir setzen uns dafür ein das die Förderprogramme des Landes, je Ressort auf die Zielgruppen genauer abgestimmt werden. Dabei sollen die Programme mithilfe der Digitalisierung und fortlaufender Evaluation effizienter und transparenter ausgestaltet werden. Durch die Kontinuität der Programme und einer flexibleren Ausgestaltung kann Bürokratie

reduziert und die Zugänglichkeit erhöht werden. So werden die Fördermittel wirksam genutzt und bilden auch für die freien Berufe eine nachhaltige Perspektive.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, freiberuflich Tätige bei steigenden Energie- und Betriebskosten gezielt zu entlasten, insbesondere in Bereichen mit hoher gesellschaftlicher Versorgungsrelevanz?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Freiberufler:innen brauchen verlässliche Entlastung bei Energie- und Betriebskosten, um ihre Arbeit planbar und wirtschaftlich stabil ausführen zu können. Die aktuelle Krise zeigt, wie dringend Schutzmechanismen nötig sind. Gleichzeitig setzt die Linke auf den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien, um langfristig Preissicherheit zu schaffen. Kurzfristige Maßnahmen wie soziale Sockeltarife, Steuerentlastungen und Schutzmechanismen mildern Preisschocks ab, während ein dezentraler, regenerativer Energiemarkt langfristig Versorgungssicherheit, Planbarkeit und stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen gewährleistet.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Vergabeverfahren öffentlicher Auftraggeber stärker an Qualität, Qualifikation und fachlicher Leistung ausgerichtet werden und nicht vorrangig am niedrigsten Preis?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Öffentliche Vergaben müssen Qualität, fachliche Kompetenz und Leistung in den Vordergrund stellen, nicht allein den niedrigsten Preis. Wenn vorrangig der Preis entscheidet, leidet nicht nur die Qualität der Leistungen, sondern auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Wir setzen uns daher dafür ein, die Interessen der Arbeitnehmenden zu stärken und den Vergabelohn verbindlich festzuhalten und gegebenenfalls zu erhöhen, um faire Bezahlung, Fachkompetenz und nachhaltige Leistungen sicherzustellen.

6. Stärkung der Standortfaktoren für freie Berufe

Die Attraktivität freiberuflicher Selbstständigkeit hängt maßgeblich von funktionierenden Standortfaktoren ab. Leistungsfähige digitale Infrastruktur, gute Mobilitätsangebote sowie verlässliche Betreuungsangebote für Kinder sind entscheidende Voraussetzungen dafür, dass freie Berufe auch außerhalb der großen Zentren bestehen und sich neu ansiedeln können.

Verlässliche Investitionen in Infrastruktur, gute Erreichbarkeit sowie moderne Arbeits- und Innovationsumfelder sind zentrale Faktoren für die Zukunftsfähigkeit freiberuflicher Tätigkeit.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, zentrale Standortfaktoren wie digitale Infrastruktur (insbesondere Breitbandausbau im ländlichen Raum), Mobilität und Kinderbetreuung gezielt zu stärken sowie moderne Arbeits- und Innovationsräume für freiberuflich Tätige zu fördern, um die Ansiedlung und Tätigkeit freier Berufe in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu sichern?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Wir setzen auf den beschleunigten Ausbau digitaler Netze, insbesondere Breitband im ländlichen Raum, um flächendeckend leistungsfähige Kommunikation sicherzustellen. Gleichzeitig fördern wir innovative Arbeits- und Kooperationsräume und stärken Mobilität sowie Kinderbetreuungsangebote, um Flexibilität und Vereinbarkeit zu erhöhen. Mit diesen Maßnahmen schaffen wir dauerhafte, verlässliche Rahmenbedingungen, die Investitionen und langfristige Perspektiven sichern.

7. Stärkung des Bildungsniveaus und Sichtbarkeit freier Berufe in Schule und Hochschule

Freie Berufe sind ein zentraler Bestandteil der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur in Sachsen-Anhalt. In der schulischen Berufsorientierung sind sie jedoch bislang nur unzureichend präsent. Viele Schülerinnen und Schüler kennen dieses Berufsbild kaum oder nehmen freiberufliche Selbstständigkeit nicht als realistische berufliche Perspektive wahr.

Gleichzeitig ist ein hohes Bildungsniveau eine wesentliche Grundlage für Fachkräfteentwicklung und berufliche Orientierung. Eine gezielte Stärkung der schulischen Bildung – insbesondere durch bessere personelle und sachliche Ausstattung, verlässliche Unterrichtsversorgung sowie die Förderung von Leistungsbereitschaft, Kreativität und wirtschaftlichen Kompetenzen – kann dazu beitragen, berufliche Perspektiven breiter sichtbar zu machen und auch die freien Berufe stärker in den Fokus zu rücken.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, freie Berufe verbindlich und sichtbar in der schulischen Berufsorientierung zu verankern, insbesondere durch die Aufnahme in Lehrpläne, praxisnahe Formate (z.B. Kooperationen mit

Praxen und Büros) und eine stärkere Berücksichtigung selbstständiger Berufsperspektiven?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Wir unterstützen eine breite und praxisnahe Berufsorientierung, die Schülerinnen frühzeitig Einblicke in unterschiedliche Berufsfelder ermöglicht. Dabei soll die Erteilung von Unterricht durch zertifizierte Bildungsträger genutzt werden, um ein flächendeckendes Angebot für regelmäßigen berufspraktischen Unterricht in den Klassen 7 bis 9 zu schaffen. So werden Schülerinnen auf vielfältige berufliche Wege vorbereitet, ohne einzelne Berufe verpflichtend zu priorisieren, und die Verbindung von Schule und Praxis wird nachhaltig gestärkt

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die schulischen Rahmenbedingungen insgesamt zu stärken, insbesondere durch bessere Ausstattung, ausreichendes Lehrpersonal, verlässliche Unterrichtsversorgung sowie Maßnahmen zur Sicherstellung von Schulabschlüssen?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

*Starke schulische Rahmenbedingungen sind die Grundlage für Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und langfristige berufliche Perspektiven. Wir setzen uns dafür ein, dass Schulen modern ausgestattet sind, ausreichend Lehrpersonal zur Verfügung steht und die Unterrichtsversorgung verlässlich gesichert wird. Zudem fördern wir multiprofessionelle Teams, eine zeitgemäße Lehrer:innenausbildung und einen verbesserten Personalschlüssel, etwa durch zusätzliche Fachkräfte für digitale Bildung, gezielte Förderlehrer*innen für benachteiligte Klassen und regionale Koordinator*innen für schulische Berufsorientierung. Auf diese Weise werden Schulabschlüsse zuverlässig ermöglicht, gleiche Chancen für alle geschaffen und die Schulen zu Orten stabiler Lern- und Entwicklungsbedingungen für die Zukunft.*

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass an den Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt freiberufliche Selbstständigkeit stärker als eigenständige berufliche Perspektive vermittelt wird, insbesondere durch praxisnahe Angebote zur selbstständigen Berufsausübung?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Im Rahmen der Hochschulbildung möchten wir Angebote ermöglichen und schaffen, dass bereits während des Studiums Schnittstellen zur Praxis,

nicht nur im Rahmen von Praktika, sondern auch im Rahmen von Experimental- und Reallaboren etabliert werden. Gemeinsam mit dem Transfer und Gründer Zentren wollen wir hier eine stärkere Perspektive für neue Gründungen und den Weg in die Selbstständigkeit eröffnen. Mit gezielten Angeboten bereits im Curriculum zur Vorbereitung bspw. durch Business Planseminare und Spiele sollen die Hürden reduziert werden.

8. Datenschutz und IT-Sicherheit

Datenschutz und IT-Sicherheit sind zentrale Voraussetzungen für das Vertrauen in digitale Prozesse und Dienstleistungen. Für freiberuflich Tätige ist entscheidend, dass entsprechende Anforderungen risikobasiert, rechtssicher und praktikabel ausgestaltet werden und Verantwortlichkeiten klar geregelt sind.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Anforderungen an Datenschutz und IT-Sicherheit für freiberuflich Tätige risikobasiert, rechtssicher und praxistauglich ausgestaltet werden und klare Zuständigkeiten zwischen Staat, Institutionen und Anwendern bestehen?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Datenschutz und IT-Sicherheit müssen praktikabel, risikobasiert und rechtssicher ausgestaltet sein. Die Linke setzt auf klare Zuständigkeiten zwischen Staat, Institutionen und Anwender:innen, praxisnahe Leitfäden und zentral zugängliche Schulungen. Zusätzlich sollen Förderprogramme für IT-Sicherheitslösungen, Beratung durch IT-Sicherheitsstellen sowie unterstützende Hilfestellungen durch die KITU und das Ministerium bereitgestellt werden, um Digitalisierungsprozesse, digitale Souveränität und Schutzstrategien zu stärken. So werden Daten und Systeme geschützt, Bürokratie reduziert und sichere, selbstständige Arbeitsweisen langfristig gesichert.

Anhang – Spezifische Anliegen der Anwaltschaft

1. Effizienz der Justizverfahren

Die Dauer gerichtlicher Verfahren ist ein zentraler Faktor für die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats und die praktische Durchsetzbarkeit von Rechten. Zugleich müssen rechtsstaatliche Verfahrensgarantien gewahrt bleiben.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die Dauer von Zivil-, Straf- und Verwaltungsverfahren in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu verkürzen, ohne rechtsstaatliche Verfahrensgarantien einzuschränken?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Ja, wir werden uns dafür einsetzen, die Dauer von Zivil-, Straf- und Verwaltungsverfahren in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu verkürzen, ohne dabei rechtsstaatliche Verfahrensgarantien einzuschränken. Die Landtagsfraktion Die Linke hat dieses Thema in der laufenden Legislatur regelmäßig im Rechtsausschuss thematisiert, zuletzt in einer Kleinen Anfrage vom 13.01.2026 (vgl. Drs. 8/6466). Besonders an den Sozialgerichten dauern Verfahren häufig deutlich zu lange: Im Jahr 2024 lag die durchschnittliche Verfahrensdauer in Sachsen-Anhalt bei über zwei Jahren und belegte damit im bundesweiten Vergleich den unrühmlichen ersten Platz. Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren zudem mehr als 4.000 sozialgerichtliche Verfahren länger als zwei Jahre anhängig, viele davon betreffen existenzsichernde Leistungen wie Kranken- und Pflegeversicherung, Renten oder Grundsicherung.

Um die Situation nachhaltig zu verbessern, wollen wir als Linke eine dauerhafte personelle Stärkung der Sozial- und Verwaltungsgerichte, verbindliche Zielvorgaben für Verfahrenslaufzeiten sowie ein landesweites Sonderprogramm zum Abbau von Altverfahren mit existenzieller Bedeutung einführen.

2. Angemessene Vergütung anwaltlicher Leistungen

Eine angemessene und verlässliche Vergütung anwaltlicher Leistungen ist Voraussetzung für eine flächendeckende rechtliche Versorgung sowie für den Zugang zum Recht. Dies gilt insbesondere für gesetzlich geregelte Vergütungssysteme und staatlich finanzierte Mandate.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die gesetzliche Anwaltsvergütung regelmäßig und angemessen weiterzuentwickeln sowie die Vergütung in Beratungshilfe- und Prozesskostenhilfemandaten auskömmlich auszugestalten und die entsprechenden Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Ja, wir würden diese Forderung im Grundsatz unterstützen und uns dafür einsetzen, die gesetzliche Anwaltsvergütung regelmäßig und angemessen weiterzuentwickeln. Insbesondere bei Mandaten im Rahmen von Beratungshilfe und Prozesskostenhilfe sind wir für eine auskömmliche

Vergütung, da wir den Zugang zum Recht als zentrale Frage sozialer Gerechtigkeit betrachten. Zudem befürworteten wir eine Vereinfachung und Beschleunigung der Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren, um bürokratische Hürden abzubauen. Darüber hinaus muss der Zugang zum Recht für alle Menschen - unabhängig vom Einkommen - umfassend gewährleistet sein, notfalls durch einen stärkeren Einsatz staatlicher Mittel

3. Abgrenzung anwaltlicher und nichtanwaltlicher Rechtsdienstleistungen

Die Qualität rechtlicher Beratung, klare Haftungsstrukturen und ein wirksamer Verbraucherschutz erfordern verlässliche Rahmenbedingungen für die Erbringung von Rechtsdienstleistungen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die berufsrechtlichen Standards, Haftungsregeln und den Verbraucherschutz im Bereich von Rechtsdienstleistungen zu sichern und eine Ausweitung nichtanwaltlicher Rechtsdienstleistungen so zu gestalten, dass diese Standards nicht unterlaufen werden?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Ja, wir werden uns dafür einsetzen, die berufsrechtlichen Standards, Haftungsregeln und den Verbraucherschutz im Bereich von Rechtsdienstleistungen zu sichern und eine Ausweitung nichtanwaltlicher Rechtsdienstleistungen so zu gestalten, dass diese Standards nicht unterlaufen werden. Qualität, Verlässlichkeit und Rechtssicherheit müssen für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet bleiben. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass der Zugang zu rechtlicher Unterstützung unabhängig vom Einkommen gewährleistet ist, das heißt ohne Einschränkungen bei Beratungs-, Prozess- und Verfahrenskostenhilfe. Um dies sicherzustellen, wollen wir klare Regeln schaffen, die die Verantwortung und Haftung aller Anbieter von Rechtsdienstleistungen transparent machen, Verbraucherinnen und Verbraucher zuverlässig schützen und die Standards des Berufsrechts wahren.

4. Gerichtsstandorte und Zugang zur Justiz

Eine wohnortnahe Justizinfrastruktur ist ein wichtiger Bestandteil gleichwertiger Lebensverhältnisse, insbesondere im ländlichen Raum.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, Gerichtsstandorte in Sachsen-Anhalt – insbesondere im ländlichen Raum – zu erhalten und zu stärken, um einen verlässlichen Zugang zur Justiz sicherzustellen?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Ja, wir werden uns dafür einsetzen, Gerichtsstandorte in Sachsen-Anhalt – insbesondere im ländlichen Raum – zu erhalten und zu stärken, um einen verlässlichen Zugang zur Justiz sicherzustellen. Unser Ziel ist eine bürgernahe und gerechte Justiz, die allen Menschen schnellen, fairen und wirksamen Zugang zum Recht bietet. Dazu gehört der Erhalt und die Stärkung wohnortnaher, bürgerfreundlicher Gerichte ebenso wie der Ausbau von Bürgerinnen und Bürgern leicht zugänglicher Justizzentren. Konkrete Maßnahmen sehen wir zum Beispiel in der Stärkung des Justizstandorts Dessau durch das zentrale Mahngericht, um die Effizienz und Erreichbarkeit der Justiz vor Ort weiter zu verbessern.

Anhang – Spezifische Anliegen der Tierärzteschaft

1. Tierärztliche Versorgung im ländlichen Raum

Sachsen-Anhalt ist ein Flächenland mit ausgeprägten ländlichen Strukturen. Gleichzeitig verschärft sich der Mangel an praktizierenden Tierärztinnen und Tierärzten, insbesondere im Bereich der Nutztierpraxis. Altersbedingte Praxisaufgaben, hohe Arbeitsbelastung, zunehmende Bürokratie sowie wirtschaftliche Unsicherheiten führen dazu, dass immer weniger tierärztliche Leistungen vor Ort verfügbar sind.

Eine stabile tierärztliche Infrastruktur ist jedoch essenziell für Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittelsicherheit und den One-Health-Ansatz. Versorgungslücken stellen nicht nur ein Risiko für landwirtschaftliche Betriebe dar, sondern auch für Tierseuchenprävention und Verbraucherschutz insgesamt.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die tierärztliche Versorgung – insbesondere im Nutztierbereich und im ländlichen Raum – durch gezielte Förderprogramme, Niederlassungsanreize, Maßnahmen zur Entlastung von Bürokratie sowie verbesserte Rahmenbedingungen nachhaltig zu sichern?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Ja, die tierärztliche Versorgung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Gerade im ländlichen Raum sehen wir jedoch, dass sie zunehmend unter Druck gerät, beispielsweise durch hohe Arbeitsbelastung, Praxisaufgaben und fehlenden Nachwuchs.

Deshalb muss der Staat die Rahmenbedingungen so verbessern, dass Tierärztinnen und Tierärzte ihre Arbeit verlässlich und unter guten Bedingungen leisten können, insbesondere durch Entlastung, bessere wirtschaftliche Perspektiven und gezielte Anreize für den ländlichen Raum.

2. Stärkung des öffentlichen Veterinär- und Verbraucherschutzsystems

Die Tierärzteschaft leistet einen zentralen Beitrag zum Gesundheits- und Verbraucherschutz. Im Sinne des One-Health-Ansatzes ist die Tiergesundheit eng mit der menschlichen Gesundheit verbunden –etwa zwei Drittel aller menschlichen Infektionskrankheiten stammen vom Tier (Zoonosen). Zudem dient das Konzept der europäischen Verbraucherschutzpolitik „from stable to table“ dem Ziel gesunder Lebensmittel.

Gleichzeitig zeigen sich in Sachsen-Anhalt zunehmende strukturelle Defizite in der amtlichen Veterinär- und Lebensmittelüberwachung. Personelle Engpässe, Einstellungsstopps sowie fehlende Ausbildungskapazitäten (z.B. für Tiergesundheitskontrolleure) führen zu Verzögerungen und gefährden die Funktionsfähigkeit der zuständigen Behörden.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die personelle und strukturelle Ausstattung der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu stärken, insbesondere durch den Abbau von Einstellungshemmnissen, den Ausbau von Ausbildungskapazitäten sowie eine langfristig gesicherte Personalausstattung?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Ja, staatliche Kontrollaufgaben sind elementar für den Schutz der Bevölkerung und dürfen nicht an finanziellen Engpässen scheitern. Gerade bei der Lebensmittelsicherheit müssen sich die Menschen darauf verlassen können, dass Kontrollen zuverlässig stattfinden und Risiken früh erkannt werden.

Um das zu gewährleisten, wollen wir die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen beenden und den Einstellungsstopp aufheben. Verbraucher- und Tierschutz sind zentrale Bestandteile der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit Aufgaben des Staates. Entsprechend müssen die zuständigen Behörden bedarfsgerecht personell und finanziell ausgestattet sein. Wer hier spart, spart am Schutz der Bevölkerung.

3. Tierschutz bei Tiertransporten

Langstreckentransporte von Nutz- und Zuchttieren – insbesondere in Drittstaaten – stehen seit Jahren in der Kritik. Die Einhaltung von Tierschutzstandards entlang der gesamten Transportkette ist häufig nur eingeschränkt überprüfbar. Amtstierärztinnen und Amtstierärzte sehen sich dabei regelmäßig mit rechtlichen und praktischen Unsicherheiten konfrontiert.

Vor diesem Hintergrund besteht ein Spannungsfeld zwischen rechtlichen Vorgaben, wirtschaftlichen Interessen und dem Anspruch eines wirksamen Tierschutzes.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, den Tierschutz bei Tiertransporten wirksam zu stärken und insbesondere Regelungen für Langstreckentransporte so weiterzuentwickeln, dass Tierschutzstandards überprüfbar eingehalten werden und tierschutzwidrige Transporte wirksam verhindert werden?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Ja, wirtschaftliche Interessen dürfen nicht über den Schutz von Tieren stehen. Tierschutz endet nicht an der Stalltür. Deshalb müssen die Standards in der Transportkette überprüfbar sein ohne rechtliche und praktische Unsicherheiten für Amtstierärzte.

4. Katzenschutzverordnung in Sachsen-Anhalt

In vielen Regionen Sachsen-Anhalts ist eine starke Vermehrung freilebender und verwilderter Katzen zu beobachten. Unkontrollierte Fortpflanzung führt zu erheblichem Tierleid, hoher Krankheitsbelastung sowie zu steigenden Anforderungen an Tierheime und kommunale Strukturen.

§ 13b Tierschutzgesetz (TierSchG) ermöglicht ausdrücklich die Landesregierungen, durch eine landesweite Verordnung geeignete Maßnahmen zur Regulierung dieser Population zu ergreifen. Derzeit erfolgt dies in Sachsen-Anhalt überwiegend auf kommunaler Ebene, was zu uneinheitlichen Regelungen und zusätzlichem Verwaltungsaufwand führt.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, eine landesweit einheitliche Katzenschutzverordnung in Sachsen-Anhalt einzuführen, um die Population freilebender Katzen nachhaltig zu regulieren und Tierleid nachhaltig zu reduzieren?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Ja, die unkontrollierte Vermehrung freilebender Katzen führt zu erheblichem Tierleid und überfordert vielerorts Tierheime und Kommunen. Wir setzen uns daher für eine landesweite Katzenschutzverordnung ein, die auch Freigängerkatzen erfasst und Kommunen verpflichtet, Streunerbestände wirksam einzudämmen. Ergänzend wollen wir ein Landesprogramm auflegen, das Kastration, Kennzeichnung und Aufklärung gezielt fördert. Katzenschutz muss konsequent umgesetzt und ausreichend finanziert werden, damit Tierleid nachhaltig reduziert werden kann.

5. Weiterentwicklung des Hundegesetzes und verantwortungsvolle Hundehaltung

Die sichere Haltung und Führung von Hunden ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Zusammenlebens. Wiederkehrende Beißvorfälle zeigen, dass neben rechtlichen Regelungen auch Kenntnisse und Verantwortungsbewusstsein der Hundehalterinnen und Hundehalter eine zentrale Rolle spielen. Vor diesem Hintergrund wird die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises („Hundeführerschein“) zunehmend als Instrument diskutiert, um Risiken zu reduzieren und eine verantwortungsvolle Hundehaltung zu fördern.

Gleichzeitig führt die derzeitige Ausgestaltung des Hundegesetzes Sachsen-Anhalt in Teilen zu zusätzlichem Verwaltungsaufwand und wirft fachliche Fragen auf, insbesondere im Hinblick auf pauschale Rasselisten und Meldepflichten.

Zunehmend wird daher eine stärker wissenschaftlich fundierte, differenzierte und zugleich praxistaugliche Ausgestaltung der Regelungen diskutiert.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, das Hundegesetz Sachsen-Anhalt weiterzuentwickeln, insbesondere im Hinblick auf Bürokratieabbau (z.B. Meldepflicht durch den Tierarzt), eine wissenschaftlich fundierte Gefährlichkeitsbewertung sowie Maßnahmen zur Förderung verantwortungsvoller Hundehaltung (z.B. Sachkundenachweise)?

Ja Nein

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Ja, pauschale Rasselisten lehnen wir ab, da sie diskriminieren und keinen nachweisbaren Beitrag zur Sicherheit leisten. Entscheidend ist das Verhalten von Hund und Halter, nicht die Rasse.

Gleichzeitig ist klar: Wer einen Hund hält, trägt Verantwortung für das Tier und sein Verhalten. Diese Verantwortung muss durch geeignete und praxistaugliche Maßnahmen gestärkt werden. Dazu gehört aus unserer Sicht

vor allem eine bessere Aufklärung, Unterstützung und Sensibilisierung von Halterinnen und Haltern.

Unser Ziel ist ein wissenschaftlich fundierter, differenzierter und alltagstauglicher Rechtsrahmen, der Sicherheit erhöht und unnötige Bürokratie abbaut.

Mit freundlichen Grüßen



Jan Röttschke
Landesgeschäftsführer